

Die Wiener Gemeinde- wahlen.

100 Sozialdemokraten, 50 Christlichsoziale,
8 Tschechnationale, 3 Deutschnationale,
3 Jüdischnationale, 1 Deutschbürgerlicher.

Ermüdung, Mangel an Teilnahme und Lässigkeit in der Erfüllung politischer Pflicht sind das bezeichnende Merkmal der gestrigen Wahlen in die Landesvertretung von Niederösterreich, in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen von Wien. Gegenüber den Februarwahlen zur Nationalversammlung zeigt sich ein auffallender Rückgang der Wahlbeteiligung, die durchschnittlich nicht mehr als sechzig von hundert aller Wahlberechtigten beträgt. Das ist ein Symptom der Enttäuschung und Entzauberung, die sich der Wählerschaft bemächtigt hat. Verhältnismäßig am stärksten trifft der Rückschlag die erfolgreichste Partei, die sozialdemokratische. Wohl hat sie den Wiener Gemeinderat erobert, wie es schon nach den Wahlen zur Nationalversammlung in sicherster Aussicht stand, allein in Mandaten ausgedrückt, ist ihr Erfolg geringer, als er nach dem Ergebnis der Februarwahlen angenommen werden mußte: nach jenem Schlüssel konnte man die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmandate mit rund 108 bis 110 berechnen, während sie tatsächlich 100 beträgt; hingegen haben sich die Christlichsozialen auffallend erholt und anstatt der rund 42 Mandate, die ihnen auf Grund der Februarwahlen zugesprochen wurden, haben sie 50 Mandate errungen.

Die Gemeindevertretung von Wien wird bis auf weiteres von den Sozialdemokraten beherrscht sein. Der Ernst und die Tragweite dieser Tatsache werden durch die erwähnten Rückschläge gegenüber den Februarwahlen nicht berührt. Die Gemeindeverwaltung einer Stadt, die wesentlich eine Schöpfung des Bürgertums ist, wird in die Hände einer Partei übergehen, deren Programm der Klassenkampf bildet. Die Sozialdemokratie wird nunmehr den Beweis ihrer Eignung zu schöpferischer Tätigkeit und Gestaltungskraft auf dem Gebiete der Gemeindepolitik zu erbringen haben. Sie übernimmt eine überaus ernste und schwierige Aufgabe: der Krieg und seine Folgen haben auch die Kommunal финанzen verwüstet, die städtischen Unternehmungen sind notleidend geworden, an die städtische Wohlfahrtspflege treten ungewöhnliche Anforderungen heran. Die künftige sozialdemokratische Mehrheit wird ihren Aufgaben nur dann gerecht werden können, wenn sie sich von der Erwägung leiten läßt, daß Macht verpflichtet, daß in einer Periode tiefsten wirtschaftlichen Niederganges keine Zeit zu gewagten Experimenten ist, und daß vor allem auch auf die Stimmungen in den Ländern Rücksicht genommen werden muß. Es ist notwendig, die beklagenswerte, fast von Stunde zu Stunde sich verschärfende Entfremdung zwischen Wien und den Ländern zum Stillstande und die natürliche Interessengemeinschaft wieder zur Geltung zu bringen.

Die Ursachen des Wahlausganges, der eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse im Wiener Rathaus mit sich bringt, liegen klar zutage. Die Seelenverfassung, die den sozialdemokratischen Wahlerfolg im Februar herbeigeführt hat, die Stimmungen der Verzweiflungs- und Hungertwahlen wirken noch nach, die Frist ist zu kurz, als daß trotz der seitherigen Reklamschlüge der sozialdemokrati-